

sie über ein neues Uno-Mandat kein einziges Wort.

Schon früher – während des Wahlkampfs – hatte der Verteidigungsminister in Hintergrundgesprächen aus seiner Einstellung keinen Hehl gemacht: Falls die Amerikaner das wünschen sollten, würden die deutschen Offiziere in den Awacs-Maschinen im nächsten Golfkrieg selbstverständlich mitfliegen.

Die Bitte ließ nicht lange auf sich warten. US-Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz, ein Scharfmacher im Pentagon, trug den Nato-Botschaftern in Brüssel vorvergangene Woche eine lange Liste mit „Optionen“ vor – Awacs-Flüge inbegriffen.

Gegen solche Einsätze im Nachbarland des Irak hat Schröder nichts einzuwenden. Schließlich seien die Awacs-Flieger „keine Instrumente, mit denen man operativ Krieg führen würde“. Ob der Regierungschef, fragte darauf der CSU-Wehrexperte Christian Schmidt, seine Mitbürger „für dumm verkaufen“ wolle.

Es scheint fast so. Denn die vierstrahligen Boeing-Jets mit der typischen Pilz-Antenne auf dem Rumpf dienen nicht nur als Aufklärer, sondern auch als fliegende Kommandostände. Das Radar der Nato-Maschinen kann gegnerische Flugzeuge im Umkreis von rund 500 Kilometern erfassen – mithin von der türkischen Grenze aus bis tief in den Irak hineinschauen. Und die multinational gemischte Crew hat prinzipiell einen Kampfauftrag – nämlich eigene Abfangjets zum Feind zu lotsen.

Solche Einsätze sind längst erprobt: Im Golfkrieg 1991 dirigierte deutsche Offiziere aus Awacs-Jets über der Türkei US-Kampfflugzeuge im Irak zu ihren Zielen.

Die Amerikaner wollen mehr. Die Nato könnte, wie 1991, Kriegsschiffe beisteuern, so Wolfowitz, Fregatten oder Minensucher zum Beispiel. Für die Anti-Terror-Opera-

„Kriegsbeteiligung nein, Bündnissicherung ja“, heißt Fischers neue Losung.

tion „Enduring Freedom“ hat die Bundesmarine bereits Schiffe ans Horn von Afrika entsandt, mehrere Minensuchboote liegen abrubereit in deutschen Häfen.

Gut möglich auch, dass die Türkei demnächst die Nato-Partner beispielsweise um „Patriot“-Luftabwehrraketen für Südost-Anatolien bittet – ein bekanntes Szenario. Im letzten Golfkrieg hatte die Bundeswehr zur Abschreckung Saddams „Alpha Jets“ und Flugabwehreinheiten in die gleiche Region gebracht. „Wir sind sicher“, stichelte Wolfowitz in Brüssel, „dass kein Verbündeter ein Ersuchen der Türkei zurückweisen würde.“

Deutschland gewiss nicht. „Die Bündnisverpflichtungen werden erfüllt“, beteuert Schröder – ganz so, als sei der Krieg fest beschlossen.

PETRA BORNHÖFT,
ALEXANDER SZANDAR

FÖRDERMITTEL

Wie Zocker im Casino

Im Rausch der New Economy plante Brandenburg den Bau einer Chip-Fabrik. Das Projekt geriet zum Lehrbeispiel dafür, wie mit Billigung des neuen Ostbeauftragten Manfred Stolpe ein Land um wertvolle Patente und Geld gebracht wird.



Baustelle der Chip-Fabrik: Gebräu aus Größenwahn und Dilettantismus

Wenigstens virtuell war die Welt lange noch in Ordnung am östlichsten Ende der Republik. Unermüdlich sendete eine Webcam hoffnungsvolle Zukunftsvisionen von der Baustelle der geplanten Chip-Fabrik in Frankfurt (Oder) um den Erdball, digitale Dokumentation des Fortschritts an Brandenburgs ehrgeizigstem Investitionsprojekt.

Doch am Freitag vorvergangener Woche rollten plötzlich polnische Lkw träge durchs Internet: Jemand hatte das Computerauge einfach auf die nahe Autobahn gerichtet – wo offenbar Spannenderes passierte.

Auf der Baustelle jener vermeintlich heilsbringenden Hightech-Schmiede tut sich seit Wochen so gut wie gar nichts mehr. Lediglich ein paar Türme und das Fundament des Luftschlosses – ein steinernes Monstrum aus 150 mal 80 Metern Stahlbeton – verwittert langsam im märkischen Dezember-Wind.

Die tonnenschwere Bodenplatte könnte zum gigantischen Gedenkstein für den gescheiterten Versuch eines Landes werden, mit einem quasi halbstaatlichen Start-up-Unternehmen beim Goldrausch der New Economy mitzumischen: Die symbolträchtige Industriean siedlung ist längst zur Ausplünderung der technischen und finanziel-

len Ressourcen des kargen Landstrichs an der polnischen Grenze mutiert. Und wenn der Chip-Fabrikant in spe, eine Firma mit dem phantasievollen Namen Communicant Semiconductor Technologies AG, ein Fall für den Insolvenzverwalter werden sollte, sind Geld und Wissen unwiederbringlich weg.

Denn Kernstück des Unternehmens ist eigentlich das landeseigene Institut für Halbleiterphysik (IHP). Die Frankfurter Wissenschaftler haben 23 Patente angemeldet, mit denen ein Chip kommunikationsfähig gemacht werden kann. Wird die IHP-Entwicklung in herkömmliche Halbleiter gepflanzt, werden diese schneller, billiger und effektiver. Internationale Experten sehen in der Erfindung einen Durchbruch für die drahtlose Kommunikation, sprechen gar von einem Quantensprung in der Entwicklung von Handy-Chips.

Von der an sich richtigen Idee, aus der Technologie mit Hilfe finanzkräftiger Investoren – dem amerikanischen Mikroelektronik-Konzern Intel und dem Emirat Dubai – für die Region unmittelbar Kapital zu schlagen, blieb freilich so gut wie nichts. Verzweifelt, aber bisher vergebens versuchen jetzt Parlament und Regierung zu erkunden, auf welch verschlungenen Wegen das Land quasi ausgebootet wurde.

Schon jetzt ist das schleichende Sterben des Projekts ein Lehrbeispiel dafür, unter welch fragwürdigen Prämissen im neuen Osten das Wettrennen um die industriellen Leuchttürme stattfindet. Sollte am märkischen Gebräu aus Größenwahn und Dilettantismus nach dem Crash von Lausitz-Ring (123 Millionen Euro Förderung) und Cargo-Lifter (48,5 Millionen Euro) auch die Chip-Fabrik scheitern, könnte nicht nur die SPD/CDU-Landesregierung Brandenburgs wackeln. Auch des Kanzlers neue Wunderwaffe Ost, Manfred

Sorgfalt und Einfalt liegen in Brandenburg aber nah beieinander: Kabinettsvorlagen, die Verträge zwischen den Investoren Communicant und dem Frankfurter IHP sowie Aussagen zahlreicher Beteiligter lassen den Schluss zu, dass das Parlament und die Bevölkerung permanent getäuscht wurden. Am Ende droht dem Land der Verlust von rund 100 Millionen Euro Steuermitteln, die mittelbaren Schäden, etwa durch unkontrollierten Technologie-Transfer, sind kaum abschätzbar.

geschäftstüchtiger Professor, der zum wohl bestbezahlten Staatsdiener der Mark aufstieg.

Fürniß, dessen Befähigung immerhin schon für den Bürgermeistersessel im badischen Wiesloch gereicht hatte, hat mit Intel und dem Emirat Dubai verhandelt – und nebenbei bei einem Scheich einen 1,5-Millionen-Dollar-Privatkredit akquiriert. Darüber verlor er sein Ministeramt (SPIEGEL 46/2002) – und strebte, kaum zurückgetreten, in den Communicant-Vorstand.

Ourmazd, ein gebürtiger Iraner mit US-Pass, wurde seit November 1995 in rasantem Tempo Chef des Instituts für Halbleiterphysik in Frankfurt (Jahresgehalt rund 145 000 Euro), Professor an der Technischen Universität Cottbus und Technologiebeauftragter des Landes Brandenburg (rund 60 000 Euro). Noch IHP-Chef, wirkte er bereits als Aufsichtsrat bei Communicant, seit kurzem ist er mit Zustimmung der Landesregierung Communicant-Vorstandschef und als IHP-Chef beurlaubt.

Die staatlichen Aufseher des IHP halten ihn für einen „Täter“ und wollen ihn endgültig loswerden, Banker sehen in ihm „das größte Hindernis“ der Investition. Der ebenso teure wie vielseitige Staatsdiener, das legen dem SPIEGEL vorliegende Unterlagen nahe, hat bei seinen vielen Rollen womöglich den Überblick verloren und Fördermittel verschleudert – was er bestreitet.

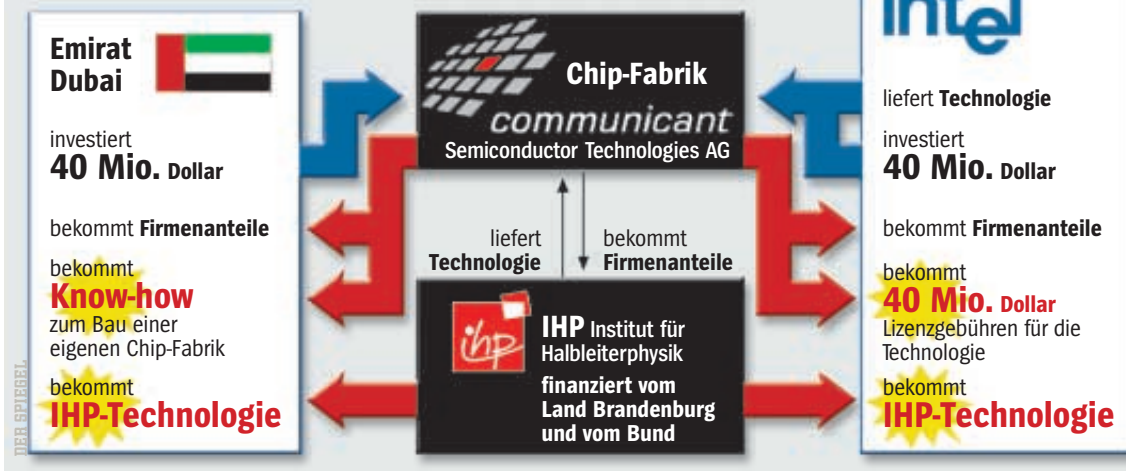
Der eloquente New-Economy-Mann war bei seiner Einführung als Chef der östlichsten Forschungseinrichtung Deutschlands vom Wissenschaftsministerium gefeiert worden wie ein märkischer Messias „promoviert an der Universität Oxford (England)“. Doch vor lauter Euphorie vergaß das Land darauf zu achten, dass Ourmazd seinen Vertrag beim IHP unterschrieb.

Das 1983 gegründete Institut zählte zum ungehobenen Schatz des DDR-Erbes. 65 Wissenschaftler forschen schon lange mit Silizium, Germanium und Kohlenstoff – den Grundstoffen für das Gold des 21. Jahrhunderts, die Computer-Chips.

Ourmazd kam in der Zeit, in der aus vagen Ideen in Sekunden schnelle Milliarden werden konnten. Die Liaison der beflissenen ostdeutschen Wissenschaftler mit dem Mann von Welt schien die

Millionen im Märkischen Sand

Das seltsame Finanzierungsmodell der Frankfurter Chip-Fabrik
Auszug nach derzeitigem Stand



Stolpe (SPD), käme mächtig in Erklärungsnot.

Bis zu seiner Demission im Sommer trieb der damalige Ministerpräsident den Bau jener Fabrik gegen den Widerstand mehrerer Kabinettsmitglieder voran. Offensichtlich berauscht von der eindrucksvollen Computeranimation, war es Stolpe, der das „Zukunftssignal“ in Frankfurt (Oder) beschwor, er war es, der kraft seiner Autorität die Zusage von rund einer halben Milliarde Euro Fördermittel und Bürgschaften gegen die eigene Finanzministerin durchdrückte.

Wie ein Zocker kurz vor Casino-Schließung setzte der „Präsident Ost“ (Nachfolger Matthias Platzeck) alles auf eine Zahl – die mit 1,5 Milliarden Euro vermeintlich drittgrößte Einzelinvestition in den neuen Ländern sollte die Wiederbelebung des Arbeitsmarkts am früheren DDR-Hightech-Standort Frankfurt (DDR-Spott: „Chip, Chip, hurra!“) bringen.

Von bis zu 10 000 direkten und mittelbaren Jobs träumten die Visionäre, 4500 Fachkräfte schickten schon mal ihre Bewerbung. Und der Landesvater versprach, man werde das Projekt „mit aller Sorgfalt“ vorantreiben.

Womöglich wird sogar die düstere, einst am Kabinettsstisch ausgestoßene Prophezeiung des inzwischen zurückgetretenen Justizministers Kurt Schelter (CDU) wahr, die Sache könne ein Fall für den Staatsanwalt werden. Einiges deutet darauf hin, dass öffentliche Gelder veruntreut wurden.

Die beiden Hauptakteure beim Pokerspiel um Chips, Dollars und Patente, auf die sich Stolpe blind verlassen hatte, sind längst ins Zwielicht geraten: der frühere CDU-Wirtschaftsminister Wolfgang Fürniß („Brandenburg wird in der Weltliga der Hochtechnologie mitspielen“) und der vermeintliche Global Player Alex Ourmazd Ormandy, genannt Abbas – ein



SPD-Politiker Platzeck, Stolpe: Berauscht von der Animation

Gewähr dafür zu bieten, die Oder-Stadt auf einer Hightech-Achse zwischen „Seattle und Singapur“ (Communicant-Werbung) anzusiedeln.

Erster Wunschpartner war Motorola. Der Weltkonzern tauschte eigenes Know-how gegen das des IHP, zahlte Millionen für Forschungsaufträge. In einem Motorola/IHP Joint Development Agreement wurde erstmals der Bau einer Chip-Fabrik in Frankfurt ventiliert.

In jenen Wochen muss in Ourmazd der Wunsch gewachsen sein, vom Kuchen des Neuen Marktes ein paar dicke Stücke abzubekommen. Der kosmopolitische Professor wurde Mitgründer von Start-up-Firmen mit wohlklingenden Namen wie Lesswire AG und GSCM Planing GmbH.

der ausführlichen Werksbesichtigungen des Konkurrenten zurückzog, verlor das IHP dadurch 2,7 Millionen Euro. Da träumte die Landesregierung bereits vom Big Deal. Später war sie sogar bereit, einen von Ourmazd und Fürniß befürworteten Verkauf des Instituts hinzunehmen. Vor allem gelang es den beiden, den mächtigen Staatskanzleichef Rainer Speer (SPD) davon zu überzeugen, das Institut als Beigabe für die Chip-Fabrik zu opfern.

Mit dem Segen des Landesvaters und seines Strippenziehers wurde schließlich für die Scheichs aus Dubai und den US-Konzern ein einmaliges Rundum-sorglos-Paket geschnürt.

Das komplizierte Vertragswerk zwischen IHP, Communicant und Intel und die diffizile Beteiligungsstruktur (siehe Grafik Sei-

Monate nach Produktionsbeginn in Frankfurt – eine eigene Chip-Fabrik im Wüstensand erhalten.

Doch solch delicate Details blieben sogar noch geheim, als Fürniß am 7. Februar 2001 den „Startschuss“ für die 1,5-Milliarden-Euro-Investitionen und einen „Produktionsbeginn 2003“ verkündete. Ebenso wenig erklärte er, woher die restlichen Millionen für das Projekt kommen sollten. Ein Drittel des Geldes, so der Minister vage, würden Intel und Dubai aufbringen, ein Drittel Banken – weitere 500 Millionen Euro müssten Land und Bund stellen.

Nicht einmal seinen Kabinettskollegen vermochte der als „Fürniß“ verspottete Wirtschaftslenker handfeste Zahlen zu liefern. Doch weil die gute Nachricht vom Job-Wunder an der Oder nun mal in der Welt war, gab es kein Zurück mehr. Das Land erfüllte immer neue Geldforderungen – und ignorierte die Kritiker.

Vor allem Finanzministerin Dagmar Ziegler (SPD) und Justizminister Kurt Schelter machten Front gegen die vagen Pläne. Hartnäckig monierte die Finanzministerin die von ihr gefürchtete öffentliche Förderquote von 35 Prozent und das Diktat der Investoren, sie warnte vor „Finanzierungsrisiken“ und vor der Ausplünderung des IHP. Scheitere die Fabrik, könne Intel mit der vom IHP lizenzierten Technologie an einem anderen Standort produzieren.

Doch nicht einmal der Umstand, dass Fürniß noch in der Kabinettsvorlage die Investoren mit kindischen Decknamen („Sand“, „Silicon AG“) bezeichnete, entlarvte den badischen Träumer. Man habe das Projekt, klagt ein Minister, ohne Kenntnis und „allein durch Handauflegen“ beschlossen.

Das Land war Ourmazd und Fürniß von nun an völlig ausgeliefert – und zahlte dafür teuer. 35 Millionen Euro Fördermittel erhielt die Stadt Frankfurt „zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, also um das Firmengelände aufzuhübschen. Für Communicant wurde eine staatliche Finanzspritze von rund 371 Millionen Euro genehmigt, ja selbst die Investitionsmillionen von Dubai wurden zeitweilig zu 80 Prozent vom Land abgesichert. Und weil dies alles noch nicht reichte, engagierte sich das Land direkt bei Communicant. Für 38 Millionen Euro erwarb die Investitionslandesbank Brandenburg Firmenanteile – im Aufsichtsrat ist das Land jedoch bis heute nicht vertreten.

Jurist Schelter monierte vor allem die Allmacht, die Ourmazd zuwuchs. In einer Protokollnotiz vom 19. März 2002 heißt es: „Der Minister bringt ferner seine Bedenken gegen die verschiedenen Funktionen



Dubai-Investor Al Zarouni, Unterhändler Fürniß, Ourmazd: „Allein durch Handauflegen beschlossen“

Die verwob er dann filigran mit dem IHP, um „Forschungsergebnisse zu echten Produkten“ zu entwickeln. Dabei trat er oft als Diener mindestens zweier Herren auf, wie der Fall Lesswire belegt. Hier war der IHP-Chef gleichzeitig Aktionär, Aufsichtsratschef und honorarberechtigter Berater. Die meisten Umsätze machte Lesswire, laut Geschäftsbericht, mit dem IHP. Ourmazd stand bei Geschäften somit auf beiden Seiten. Alle Verträge, wehrt er sich, hätten die Ministerien abgesegnet.

Lesswire war aber nur eine Art Generalprobe für den ganz großen Coup.

Als Motorola mit Investitionen zögerte, schaute sich Ourmazd nach neuen Partnern um – und weckte das Interesse von Intel. Monatelang sondierten, wie Fürniß später stolz im Landtag berichtete, „ganze Gruppen“ von Intel-Wissenschaftlern die Arbeit des Frankfurter Instituts und befanden dessen Patente für weltmarktfähig. Die Verbindung zwischen „Wirtschaft und Wissenschaft“ sei geradezu „idealtypisch“, schwärmte der Wirtschaftsminister. Intel- und IHP-Technologie könnten eine neue Generation von Hightech begründen.

Doch es gab auch bereits die ersten Warnhinweise. Als Motorola sich wegen

te 39) besiegeln letztlich den Ausverkauf des IHP. Dessen beste Patente, für die Motorola einst noch zahlte, erhält Intel quasi umsonst. Das IHP bekam lediglich Communicant-Aktien – wertlosen „New-Economy-Shit“, wie ein IHP-Oberer heute klagt.

Doch Intel bringe ja, verteidigte sich Fürniß, neben eigener Technologie auch noch 40 Millionen Dollar in Communicant ein – von einer Intel-Tochter im Steuerparadies Cayman Islands. Was er aber verschwie: Exakt diese Summe muss Communicant als Lizenzgebühr zurücküberweisen – fällig in fünf jährlichen Raten zu 8 Millionen Dollar. Zwei der Tranchen waren bereits fällig, obwohl Communicant noch keinen Cent verdienen konnte.

Auch das Emirat Dubai profitiert prächtig – mehr jedenfalls als der Standort Frankfurt: Zwar verpflichteten sich die Scheichs, vorab 40 Millionen Dollar bei Communicant einzuzahlen. Doch dafür wurde ihnen von der Landesregierung zugesagt, Brandenburg werde arabische Fachleute ausbilden – eine Gegenleistung im Wert von 2 Millionen Euro, Kost und Logis inklusive. Zudem soll Dubai Vermarktungslizenzen für IHP-Patente und – 18

von Herrn Professor Dr. Ourmazd bei diesem Projekt in Erinnerung und empfiehlt dringend, umgehend Lösungen zu finden, die Interessenkollisionen ausschließen.“

Sonst könne es schnell „strafrechtlich problematisch“ werden, warnte der Jurist, der Tatbestand der „Untreue“ könne erfüllt sein. Auch diese Mahnung blieb ohne Konsequenz.

Jede neue Nachverhandlung zum Thema Chip-Fabrik sorgte für Streit am Kabinetts-

urplötzlich, dass die Chip-Maschinen viel billiger würden als gedacht – dank des gefallenen Dollar.

Dann tauchte wie aus dem Nichts ein neuer, selbstloser Investor auf – der CDU-Unternehmer Lothar Späth. Um die Chip-Fabrik zu retten und „negative Auswirkungen für ganz Ostdeutschland“ zu vermeiden, so der Jenoptik-Chef, werde man sich mit einem einstelligen Millionenbetrag an Communicant beteiligen.

Die Hilfsbereitschaft des schwäbischen Cleverle ist aber nicht nur von Selbstlosigkeit geprägt. Auftragnehmer für den Bau der Chip-Fabrik ist eine Firma namens M+W Zander, eine Jenoptik-Tochter. Aufträge von rund 150 Millionen Euro locken. Und die Späth-Filiale wurde auch dann noch bedient, wenn die Communicant-Kasse mal leer war.

Unterlagen belegen, wie die Grenze zwischen Communicant und dem IHP zur Grauzone wurde. Eine Rechnung der Späth-Firma

M+W Zander vom 28. Mai 2002 an Communicant über 1 342 839,09 Euro netto wurde nach einem Treffen mit der IHP-Führung einfach gesplittet. Etwa 700 000 Euro sollte plötzlich das Forschungsinstitut begleichen – die Rechnung, sagt Ourmazd, habe er nicht gekannt. Insgesamt hat das mit Landes- und Bundesmitteln finanzierte Institut der Privatfirma Communicant 1,9 Millionen Euro vorgestreckt. Ebensolche Interessenskollisionen hatte der Justizminister wohl gefürchtet, als er seine Kabinettskollegen vor der Nähe zur Untreue gewarnt hatte. „Zu keinem Zeitpunkt“, erklärt Ourmazd, „habe ich gegen die Interessen des Instituts verstoßen.“

Doch allen seinen Beteuerungen zum Trotz droht Communicant das finanzielle Aus: Über die Hälfte der eingezahlten 120 Millionen Euro sind ausgegeben, die Milliarden-Finanzierungslücke ist noch immer nicht geschlossen. Die Intel- und Dubai-Einzahlungen sind nicht als Eigenkapital zu werten, sondern gelten bilanztechnisch als Kredite. Ourmazd selbst spricht mittlerweile von einem Produktionsbeginn frühestens „Anfang 2005“.

Während sich im unwirtlichen Brandenburg Raureif auf das Fundament der Traumfabrik legte, präsentierte Intel auf der Welt-Fachtagung der Mikroelektronik (IEDM) im sonnigen San Francisco vergangene Woche eine angebliche Eigenentwicklung, die all das kann, was die Frankfurter Forscher austüftelten. Die erste Generation des neuen Superchips sei auch schon produktionsreif.

Nur nicht in Brandenburg.

STEFAN BERG, SVEN RÖBEL



Computeranimation der Chip-Fabrik: „Treu und fest“

tisch. Mal warnte Ziegler, mal Wissenschaftsministerin Johanna Wanka, die um ihr Institut fürchtete. Fürniß und Stolpe aber ließen sich nicht beirren.

Immer wieder kündigte Fürniß den „finanziell close“ an, das ersehnte Gesamtfinanzierungskonzept, sprach vom Produktionsbeginn noch im Jahr 2003; immer wieder beschwor Stolpe die Seinen – sie sollten „treu und fest“ zum Investitionsvorhaben stehen. Nur ein einziges Mal hatte Stolpe selbst Zweifel durchblicken lassen: bei der Rechtfertigung für den Einstieg der landeseigenen Bank in das Projekt. Scheitere die Chip-Fabrik, argumentierte der Polit-Strategie listig, habe man mit der Investitionsbank einen Vollstrecker zur Hand. Der Ausstieg der Bank würde das sofortige Ende des Projekts bedeuten, insofern sei auch gleich „der Henker bestellt“.

Aber die Notbremse wurde nie gezogen; nicht, als der 11. September die Konjunktur herunterriss, nicht, als die Deutsche Bank entnervt die Suche nach Geldgebern aufgab, nicht, als der skeptische Bundeskanzler die Teilnahme an der Grundsteinlegung verweigerte, und auch nicht, als Fürniß die Einsicht heimsuchte, man könne „den Weltmarkt nicht ganz so beeinflussen, wie man es als Brandenburger gern machen würde“. Nur ein „mittleres Wunder“ könne die Chip-Fabrik noch retten.

Da die aber in der New Economy inzwischen äußerst selten geworden sind, behalf man sich mit Heimarbeit. Im Februar dieses Jahres erklärte der damalige Communicant-Vorstand Dirk Obermann, der Fürniß bereits als Büroleiter gedient hatte,

JUSTIZ

Mit Tempo und Temperament

In dieser Woche verkündet Karlsruhe das Urteil zum Zuwanderungsgesetz – ein ungewöhnlicher Richter spielt dabei eine besondere Rolle.

Dass es ihm an Verständnis für die Belange von Zuwanderern fehlte, kann man Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio, 48, sicherlich nicht vorwerfen. Schließlich entstammt er selbst einer italienischen Einwandererfamilie: Sein Großvater fand nach dem Ersten Weltkrieg Arbeit in der Duisburger August-Thyssen-Hütte, und auch dessen im Bergbau malochender Sohn hatte zunächst noch die italienische Nationalität.

Als „typisches Ruhrgebietskind“ habe er ein „durch die eigene Familiengeschichte geprägtes Bild des Gelingens von Zuwanderung und Integration“, sagt der Spitzenjurist und macht in diesem Zusammenhang kein Hehl daraus, „dass wir ein Zuwanderungsgesetz brauchen – mit welchem Inhalt auch immer“.

Doch bei der von Rot-Grün mit Bangen erwarteten Entscheidung darüber, die die Richter in Karlsruhe am Mittwoch dieser Woche verkünden werden, geht es allein um eine rein formale Frage: Durfte der damalige Bundesratspräsident Klaus Wowereit (SPD) bei der berühmt-berüchtigten



Verfassungsrichter Di Fabio
„Freudiger Diskutant“

Sitzung am 22. März das Durcheinander in der brandenburgischen Bank („Ja“ – „Nein“ – „Ja“ – „Sie kennen meine Auffassung, Herr Präsident“) als Zustimmung werten?

„Ich wünschte, diese Frage hätte sich beispielsweise bei einem Steuererhöhungsgesetz gestellt“, kommentiert Di Fabio – denn zu welcher Antwort er drängt, ließ er schon bei der mündlichen Verhandlung erkennen: Wenn das „Vertrauen in die Förmlichkeit eines Verfahrens“ in Zweifel